

Interview:

"Die Zeit der Parteiführer ist vorüber"

Interview mit Wali Schah Masud, Botschafter des Islamischen Staates Afghanistan in London und Bruder des Kommandanten Ahmad Schah Masud.

Wie würden Sie die gegenwärtige militärische Situation in Afghanistan einschätzen?

Seit einigen Wochen gibt es einen Volksaufstand im Norden. Als die Taleban nach Taloqan (nach dem Fall Mazars Sitz der Gegenregierung des Islam. Staates Afghanistan unter Burhanuddin Rabani - d.A.) kamen, ungefähr vor zwei Monaten, gelangten sie zu der Auffassung, daß sie nun ganz Afghanistan kontrollieren würden. Es waren nur noch eine oder zwei Provinzen übrig. Aber das war nicht der Fall, denn was sie den Menschen antaten, zwang diese, einen Volksaufstand zu organisieren. Deswegen können wir derzeit im Norden des Landes Rückschläge für die Taleban beobachten. Die Taleban haben alle ihre Kräfte von der Grenze zu Iran dorthin verlegt, um den Aufstand zu unterdrücken. Aber dazu waren sie bisher nicht in der Lage, obwohl fast alle Taleban-Kämpfer an den Kämpfen dort teilnehmen und sehr hart zuschlagen.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Ihre barbarischen Akte, so wie sie die Menschen unterdrücken, so wie sie ihnen ihre Version von Recht und Ordnung aufzwingen, haben die Menschen sich trotzdem nicht den Taleban unterworfen - von Anfang an. Am Aufstand beteiligen sich nicht nur die gewöhnlichen Menschen, sondern sie werden von den Mujahedin-Kämpfern unterstützt. Deswegen wurden viele Gebiete im Norden befreit.

Zu welchen Gruppen der Nordallianz gehören diese Mujahedin - sind sie Schützen der 'Hezb-e Wahdat', Dostums Leute oder die Panjschiris Ihres Bruders?

Wir hatten ja eine Koalition unter dem Namen 'Vereinigte Front' (Vereinigte Islamische Front zur Rettung Afghanistans - d.A.), die sowohl die 'Hezb-e Wahdat', die Leute von General Dostum und andere Parteien umfaßte. Aber weil die Anführer dieser Parteien und Fraktionen (nach dem Vormarsch der Taleban im Sommer 1998 - d.A.) das Land verließen und ihre Leute der Gnade der Taleban überließen, ist die Koordinierung, die derzeit entsteht, nicht im Namen der Parteien. Es ist allein ein gemeinsamer massenhafter Volksaufstand gegen die Taleban, im Namen der Mujahedin, der Regierung und der (neuen - d.A.) 'Vereinigten Front'.

Viele der Aufständischen sind alte Mujahedin, die einst von General Dostum gezwungen wurden, in die Berge zu fliehen, vor allem in die Bergregionen von Faryab und Djozdjan. Jetzt kamen sie herunter und aktivierten diesen Volksaufstand gegen die Taleban. So ist es eine Mischung aus Menschen aller Ethnien, darunter auch von Paschtunen.

Es gibt im Moment viele Paschtunen, die ursprünglich die Taleban unterstützten, jetzt aber ihre Gewehre umgedreht haben. Zum Beispiel in Kunduz: Als die Taleban dorthin kamen - Kunduz ist vor allem im Zentrum hauptsächlich von Paschtunen bewohnt -, taten sie nicht dasselbe, was sie in Mazar taten oder in Taloqan, Pul-e Khumri, Kayyan oder Bamian (nämlich Massaker an der Zivilbevölkerung zu verüben - d.A.). Aber als sie sich von dort aus in andere Teile des Nordens ausdehnten, begannen sie ebenfalls, die Menschen zu unterdrücken, und es kam zu Massakern. Da sahen

auch jene Paschtunen, die sie anfangs im 'Namen der Paschtunen' oder des Islam oder der Einheit Afghanistans unterstützten, was wirklich geschah und was das wirkliche Ziel der Taleban war. Als sie sahen, wie Tausende Kämpfer aus Pakistan kamen, im Namen der 'Sepah-e Sahaba' (militante sunnitische Gruppe - d.A.), Deobandis oder einige Kämpfer von Usama bin Laden, unter dem Befehl der pakistanischen Armee, wandten sich selbst die Paschtunen gegen sie. Denn die Paschtunen in diesem Gebiet haben eine Zukunft mit den anderen Ethnien, mit den Tajiken, den Usbeken, den Hazara. Sie können es sich wirklich nicht leisten, diesen barbarischen Akten zuzusehen. Denn morgen, wenn wieder Frieden in Afghanistan herrscht, wenn die Taleban und die Pakistani zurückgehen, was passiert dann mit diesen Paschtunen? Die Menschen der anderen Ethnien könnten dann Rache nehmen wollen. Deshalb haben auch die Paschtunen ihre Gewehre gegen die Taleban gekehrt.

Heißt das, was Sie sagten, daß die Zeit dieser Parteichefs wie Khalili oder Dostum vorüber ist?

Ihre Rolle als Anführer dieser oder jener Ethnie ist vorüber. Denn die Menschen akzeptieren nur Anführer, die mit ihnen sind, in guten wie in schlechten Zeiten.

Heißt das dann auch, daß die Nordallianz am Ende ist, die ja auch aus einem Bündnis verschiedener Parteien mit ihren Anführern bestand, und es nur noch 'Jamiat-e Islami' oder 'Schura-ye Nazar' gibt?

Das ist beides nicht der Fall. Wir haben gerade (im Dezember - d.A.) im Panjschir eine Zusammenkunft von 300 Kommandanten und Vertretern des Volkes gesehen, die darüber sprach, welche Art von Widerstand gegen die Taleban möglich ist. Sie sprachen nicht nur über den militärischen, sondern auch über den politischen Aspekt des Widerstands. Sie kamen aus allen Ethnien - Paschtunen, Hazara, Tadschiken, Usbeken - und beschlossen, unseren Zusammenschluß 'Vereinigte Front' zu nennen. Das ist nicht die Nordallianz, und er steht nicht auf der Grundlage dieser oder jener Partei. Es hieß: Alle Ethnien Afghanistans sind zusammengelassen, um einen politischen Rahmen unter dem Namen 'Vereinigte Front' zu bilden, der Teil der Regierung des Islamischen Staates Afghanistan ist. Das ist ein neues politisches Konzept.

Was ist die Strategie der 'Vereinigten Front'? Ist sie der Ansicht, daß der Afghanistan-Konflikt militärisch gelöst werden kann?

Nein. Wir sind der Ansicht, daß der Konflikt bestimmt mit politischen Mitteln gelöst werden kann.

Wie soll das aussehen?

Der Plan ist, den Taleban Widerstand entgegenzusetzen. Denn wer sind denn die Taleban? Aus unserer Perspektive haben sie nicht die Autorität, wirklich in Verhandlungen einzutreten, eine Entscheidung zu treffen.

Sie würden also keine Gespräche mit den Taleban akzeptieren?
 Doch, aber sie haben nicht die Autorität dafür. Wir haben immer und immer wieder gesagt: Laßt uns zusammenkommen und reden. Aber weil sie Marionetten Pakistans sind, können sie das gar nicht. Jetzt kämpfen wir, leisten wir Widerstand, um die Taleban und Pakistan davon zu überzeugen, daß sie an den Verhandlungstisch kommen müssen. Lassen Sie es mich andersherum sagen: Während der russischen Besetzung kämpften wir neun Jahre lang, bis die Russen einsahen, daß sie so nicht weitermachen konnten und beschlossen, ihre Truppen abzuziehen.

Aber sie verhandelten nicht mit Ihnen...
 Nein, aber sie zogen ab. Jetzt muß Pakistan genauso wie damals die Russen einsehen, daß wir in Afghanistan wirklich so nicht weitermachen können. Es kostet eine Menge Geld, eine Menge Energie, eine Menge Demütigungen in der Weltgemeinschaft und in den Vereinten Nationen. Sobald Pakistan also seine Aggression stoppt, werden alle diese Taleban - wer immer sie auch sind - an den Verhandlungstisch kommen. Solange aber Pakistan weiter in Afghanistan involviert ist, können wir keinerlei Verhandlungen und auch keinen Friedensprozeß erwarten.

Wie wollen Sie Pakistan davon überzeugen?
 Nur durch Widerstand. Vor kurzem haben wir gesehen, wie Ahmad Kemal, Pakistans Botschafter bei den Vereinten Nationen, im Sicherheitsrat die einzige Stimme war, die die Taleban verteidigte. Alle 14 anderen stimmten dafür, daß die Taleban ihr Vorgehen ändern sollen. Das ist auch für Pakistan eine große Erniedrigung. Und jetzt kommen die USA und sagen: Ihr müßt Usama bin Laden festnehmen, ihr müßt eure Beziehungen zu den Taleban kappen, ihr müßt eure Involvierung in Afghanistan beenden. Da ist selbst Druck auf Pakistan. Saudi-Arabien hat sich zurückgezogen, andere Nachbarländer auch. Alle zeigen mit dem Finger auf Pakistan.

Aber wenn sie Osama bin Laden ausliefern, verlieren sie ihr Gesicht. Sie werden es also niemals tun...
 Genau.

Aber wie kommen sie um dieses Problem herum, das ja auch Verhandlungen entgegensteht?
 Ich habe ja schon gesagt, daß die Taleban in Afghanistan gar keine Autorität zur Entscheidung haben. Lassen Sie es mich kurz machen: Es gibt einige Afghanen, die pro-Taleban sind, zum Beispiel im Westen, afghanische Intellektuelle. Sie wollen die Vorherrschaft der Taleban in Afghanistan, aber sie gehen nach Afghanistan, nach Kandahar, und sie sagen Mullah Omar: Sieh mal, du mußt Schulen für Mädchen eröffnen, Schulen für Jungen, Universitäten, du mußt deine Regierung und deine Verwaltung aufbauen - einfache Dinge, die jede Regierung machen würde. Aber warum machen sie es nicht? Weil es nicht an ihnen liegt. An wem liegt es dann? An Usama bin Laden, Maulana Sami-ul-Haq, Fazl-ur-Rahman, die Deobandis, die ganzen extremistischen islamischen Gruppen aus Pakistan - Mullah Omar kann gar nicht selbst entscheiden.

Und wer soll diese Gruppen unter Druck setzen?
 Niemand kann das - außer Pakistan. So bald Pakistan sein Engagement stoppt, gehen sie alle nach Hause.

Lassen Sie uns zu den Taleban kommen. Es heißt, daß sie keine homogene Bewegung mehr sind, aus mehreren Flügeln bestehen. Sehen Sie das auch so?
 Zuvor habe ich ja schon die ausländischen Elemente der Taleban genannt. Wenn wir aber über die afghanischen Taleban sprechen, sehen wir, daß Mullah Omar gerade beschlossen hat, gegen die Aktivitäten der Khalqis vorzugehen. Sie sind ein wichtiges Element, das die Maschinerie der Taleban am Laufen hält. Sie stellen nicht die regulären Truppen, -sind vielleicht fünf Prozent (von 30-50.000 Taleban - d.A.).
 Bei den afghanischen Taleban gibt es die Differenzen zwischen

Mullah Omar und Mullah Rabbani, die zwischen Informationsminister Mutaqi und Arif Khan in Kunduz. Die Absetzung von Mullah Niazi in Mazar ist Ausdruck dieser internen Differenzen wie das Verschwinden Mullah Rabbanis.

Der hat sich aus den Emiraten gemeldet...
 Aber wissen wir, ob er wirklich dort ist?

Worum geht es bei diesen Differenzen?

Ich habe das Dr. Anwar-ul-Haq Ahadi gefragt, den Führer von 'Afghan Millat'. Das war die erste afghanische Partei, die die Taleban unterstützte. Er sagte mir vor fünf oder sechs Monaten, er habe die Taleban unterstützt, weil sie Paschtunen seien und er die Dominanz der Paschtunen befürworte. Er glaubte, daß die Taleban allein keine Regierung bilden könnten, sich deshalb an die Paschtunen wenden würden und sie selbst dabei eine Rolle spielen könnten. Als ich ihn vor zwei Wochen wieder traf, sagte er: Die hören uns nicht zu. Er habe den Taleban-Führern gesagt: Jetzt, da ihr Bamian und Mazar eingenommen habt, vergeßt den Nordosten, vergeßt Masud. Wenn Ihr eure Regierung bildet, afghanische Intellektuelle ruft, eure lokale Verwaltung aufbaut, dann wird Masud von allein verschwinden. Aber die Taleban hätten das nicht akzeptiert. Ahady zufolge bestünden bei ihnen derzeit derart große Differenzen, daß keiner dem anderen traue. Er sagt, daß es bei den Taleban einige Leute gebe, die für Gespräche mit Masud seien. Aber Mullah Omar und seine Leute sagen nein. Jetzt, da die Taleban ihm zufolge einen Punkt erreicht haben, da sie 90 Prozent des Territoriums Afghanistans beherrschen, treffen die Interessen der verschiedenen Parteien aufeinander, die erst diese Einheit (der Taleban - d.A.) ausmachten. Genauso, wie die Interessen der ausländischen Unterstützer der Taleban in Widerstreit gerieten, wie Interessen der USA und der Taleban oder Saudi-Arabiens und der Taleban. Für eine gewisse Zeit haben sie die Taleban unterstützt und gefördert. Jetzt sehen wir, daß Amerika und Saudi-Arabien sich zurückziehen. Es bleibt nur Pakistan übrig.

Parallel dazu geraten die Interessen verschiedener Gruppierungen innerhalb Afghanistans, die die Taleban bilden oder sich ihnen angeschlossen haben, in Widerstreit. Einige haben sich den Taleban wegen des Islam angeschlossen, einige wegen der Vorherrschaft der Paschtunen, einige, weil sie dachten, die Taleban würden Zaher Schah (den ehemaligen König - d.A.) an die Macht bringen, noch andere wegen der Ideologie und weitere, weil sie Schiiten umbrachten. Wir haben gute Kontakte zu einer sehr starken Gruppe von Taleban, die ich hier aber nicht öffentlich machen kann. Wenn die Zeit kommt, wird sich diese Gruppe mit uns gegen die Führung der Taleban erheben.

Wird Ahmad Schah Masud der nächste Führer Afghanistans?

Was die Menschen in Afghanistan wollen, ist eine wirkliche Vertretung. Wir sagen, wir sollten eine Jirga in Afghanistan einberufen, zu der die wirklichen Vertreter der Menschen aus allen Städten, Dörfern und Tälern Afghanistans kommen und die über die Zukunft Afghanistans entscheiden sollen. Und was immer sie entscheiden, das ist gut für Afghanistan. Wir sollten nicht sagen, morgen sind wir wie der Westen, dann wird hier dieselbe Demokratie praktiziert wie dort. Gleichzeitig sollten wir nicht sagen, jetzt, da wir die Macht übernommen haben, lassen wir keinen anderen zu. Das ist, wie Afghanistan die letzten Jahre funktioniert hat, und so können wir nicht weitermachen.

Es gibt den 'Rat für Demokratie und Nationale Einheit in Afghanistan'. Was denken Sie über diese Initiative?

Wir haben jede Initiative für Frieden in Afghanistan unterstützt. Wir haben unsere Vertreter in diesem Rat, und die haben sich daran aktiv beteiligt. Wir hoffen, daß das irgendein Resultat produziert. Wenn Sie meine Meinung hören wollen: Ich denke, sie sind sehr langsam. Sie hätten schon vielmehr tun sollen, als das, was sie bisher getan haben. Sie hätten öfter ihre Konferenzen durchführen müssen, sie hätten publizieren müssen, was genau sie für die Men-

schen wollen. Aber ich hoffe immer noch, das dabei positive Resultate herauskommen.

Was hielten Sie von der UNOCAL-Pipeline?

Eine Pipeline ist eine sehr gute Idee für Afghanistan. Aber UNOCAL hat diese Gelegenheit mißbraucht. UNOCAL hat sich politisch in Afghanistan eingemischt, hat als auswärtiger Agent in Afghanistan agiert. Und UNOCAL hat eine Hauptrolle bei der Förderung der Taleban gespielt. Eine Pipeline ist sehr gut, aber UNOCALs Beteiligung hat die Menschen in Afghanistan viel Leid gekostet.

Welche Rolle werden die Frauen im zukünftigen Afghanistan spielen? Als Ihre Organisation 1992 nach Kabul kam, mußten ja auch Frauen ihre Arbeitsplätze verlassen?

Als wir nach Kabul kamen, haben wir die Mujahedinführer, die in

Pakistan waren, aufgerufen, nach Kabul zu kommen, um eine Regierung der Einheit zu bilden. Weil das eine Koalitionsregierung war, waren daran viele Fraktionen beteiligt. So konnten wir nicht allein entscheiden. Wir hatten unsere Meinung, und wir waren nicht einverstanden mit dem Verschwinden der Frauen aus dem Fernsehen und aus der Verwaltung. Es gab Fraktionen, die uns drohten, sie würden sich aus der Regierung zurückziehen und wieder zu kämpfen beginnen, wenn wir das nicht durchsetzten, zum Beispiel Hekmatyar. So mußten wir die Sicherheit und das Überleben der Menschen vormanstellen. Was uns betrifft, so glauben wir definitiv und vollständig an die Frauenrechte. Wir glauben, daß Frauen in die Schule oder auf die Universität gehen und eine Ausbildung bekommen sollten.

Das Interview führte Thomas Ruttig

Bericht zur Afghanistan-Tagung in Iserlohn

Zum 12. Mal hatte Ende Dezember die AGA zur Afghanistan-Tagung in die Evangelische Akademie nach Iserlohn eingeladen. Thema war: "Im Zeichen der Taleban - Afghanistan in der 'International Community'". Der Erkenntnisgewinn war diesmal recht beschränkt. Besonders enttäuschend war der Beitrag von Thomas E. Gouttiere, Dekan für Internationale Studien an der Universität von Nebraska in Omaha, eigentlich einem ausgewiesenen Afghanistan-Experten. Immerhin war er bis vor kurzem im Auftrag des Ölkonzerns UNOCAL für ein Ausbildungsprogramm verantwortlich, in dessen Rahmen afghanische Techniker für die nun fallengelassene Trans-Afghanistan-Pipeline herangezogen werden sollten (siehe Afghanistan-Meldungen). Die Veranstalter hatten Gouttiere gebeten, zum Thema "Afghanistan in den politischen und ökonomischen Transformationsprozessen Zentralasiens" zu sprechen und sich davon sicher auch einige Informationen zur regional- und geowirtschaftlichen Bedeutung des UNOCAL-Projekts versprochen. Dazu verlor Gouttiere während seines Vortrags jedoch kein einziges Wort. Er beschränkte sich auf einen recht oberflächlichen Überblick über die Entwicklung in den benachbarten GUS-Staaten und Pakistan, das er als "failed state" beschrieb. In der anschließenden Diskussion verteidigte er das UNOCAL-Projekt, das seiner Ansicht nach dringend benötigte Arbeitsplätze für Afghanistan hätte schaffen können. Daß die Firma dabei die Taleban unterstützt habe, wie viele Medien berichtet hatten, dafür habe er "keine Hinweise". Deren Geld, so Gouttiere, stamme vom Persischen Golf, aus Moscheen dort, und gelange über Pakistan, die JUI und den ISI zu ihnen.

Positiv ob seines analytischen Gehalts stach hingegen der Beitrag von Citha Maaß von der 'Stiftung für Internationale Politik' in Ebenhausen aus der Veranstaltung hervor. Sie sprach zu "Konflikt- und Vermittlungsperspektiven" in Afghanistan. Der Afghani-

stankrieg habe sich von einem "Befreiungskrieg mit Stellvertreterkomponenten und ideologischem Überbau (Ost-West-Konflikt)" über mehrere Phasen zu einem "Kleinkrieg mit örtlich und zeitlich begrenzten Phasen intensiver Kampfhandlungen" und "neuerdings wieder Guerilla-Aktionen" (gegen die Taleban) entwickelt. In diesem Rahmen sei es deshalb möglich, weiträumige Geländegewinne mit einer "handvoll erfahrener Kommandeure, ein, zwei pakistanischen Strategieberatern und 50 bis 200 Kämpfern" zu erzielen, was die gegenwärtige Situation gut umreißt. Immerhin schätzt sie die Anzahl der Taleban-Kämpfer auf 30-50.000, die Masuds auf 9-12.000. Auch "der Übertritt eines Subkommandanten an einem strategisch wichtigen Punkt" könne das militärische Gleichgewicht "signifikant verschieben". Die Taleban stellten heute ein Konglomerat verschiedener Kräfte dar, darunter Ex-Mujahedin und frühere Khalqis. Darin sei der "Kern dafür gelegt, daß es zu Flügelkämpfen innerhalb der Taleban kommen kann". Deren Kontrollsystem funktioniere an der lokalen Basis stark über "Mittelsmänner, die nicht selbst Taleban sind". Diese Mittelsmänner für eine friedliche Regelung zu gewinnen, ist ein Hauptansatz, den sie befürwortet und auf den auch die neue Initiative des 'Council for Peace and National Unity in Afghanistan' (CPNUA) des ehemaligen königlichen Justizministers Abdulsattar Sirat, heute in Saudi-Arabien, ziele. Der 'Council' wurde im Juli 1998 in Bonn, mit Unterstützung der 'Friedrich-Ebert-Stiftung' (und wahrscheinlich saudischem Geld) gegründet und unterhält mittlerweile ein Büro in Bad Godesberg.

Allerdings werde der Konflikt durch die Fragmentation der afghanischen Gesellschaft zusätzlich verlängert: durch den zusammengebrochenen Staat, die soziale Desintegration, die seit Mai 1997 deutliche Zunahme der ethnischen und religiösen Polarisierung und die Rücknahme des Nationwerdungsprozesses,